

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

62 (30.5.1923)

23. Seite
l and
e mit
über
er der
treten
weiter
einer
Aus
se die
d ge
ch ge
n da
lehren
haben

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. unsere Anstrenger
ohne Bestellgeld
monatlich 2700.— Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.
Geschäftszeit 7-8 Uhr, Sonntags
geschlossen.
Fernsprechanstalt, Nr. 11.
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6002.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal
Neueste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 60.— Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 180.— Mk.
Anzeigen mit Bekanntheit oder
Zukunft 180.— Mark Sonderbe-
günstigung. Alle Preise freibleibend.
Grundchrift im Anzeigen- und
Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifreter
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
urteilung und bei Konkurs erlischt.
Wegwerbstexten werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fontische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden

Nr. 62. Mittwoch, den 30. Mai 1923. 84. Jahrgang

Das Garantieangebot der Industrie.

Berlin, 28. Mai. Von parlamentarischer Seite wird uns mitgeteilt: Die Führer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei beschäftigten sich heute vormittag bei Besprechung der politischen Lage mit dem Angebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler. In den von der Industrie angebotenen Leistungen sehen die Parteiführer ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die deutsche Wirtschaft in der Erkenntnis der Lage bereit ist, für die Gesamtheit des Vaterlandes auch die größten und schwersten Opfer zu bringen. Die für die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft notwendigen Voraussetzungen werden bei der Verwirklichung der angebotenen Garantien notwendigerweise zum Gegenstand allgemeiner politischer Verhandlungen werden müssen, und zwar auf der Grundlage des bereits in der Note vom 14. November 1922 niedergelegten Regierungsprogramms.

Ein Schreiben des Reichsverbandes.

Berlin, 28. Mai. In einem Schreiben an den Reichskanzler, das folgende Unterschriften trägt: Sorge, Böcher, Ernst von Borjg, Karl Busch, Duisberg, Frank, Hans Jordan, Peter Klöckner, Hans Kraemer, Lammers, Platfahra, Reulsh, Riepert, Silberberg, Fritz Thijssen, Karl Friedrich von Siemens, Hugo Stinnes, Böglar, hat das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu der Frage, in welchem Umfang und in welcher Form die Heranziehung der deutschen Wirtschaft als Garantie für den Anleiheerfolg möglichst erscheint, wie folgt Stellung genommen.
Eine etwaige Sonderbelastung der Wirtschaft kann nur in Frage kommen, wenn weder die dem Staate gehörigen Pfandobjekte des Reiches und der Länder noch die Heranziehung der Arbeit des Volkes ausreichende Werte ergeben. Die deutsche Wirtschaft bekennt sich zu der für jeden Bürger selbstverständlichen Verpflichtung, für das im Staate verkörperte Vaterland bis an die Grenze der Tragfähigkeit einzutreten. Das Ziel aller Bemühungen in die Wiedergewinnung der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Deshalb kann die Bereitschaft zur Übernahme großer Sonderlasten durch die Industrie nur ausgesprochen werden, wenn gleichzeitig das Gesamtproblem der Reparationen sowohl nach außen wie auch innerhalb Deutschlands eine wirkliche Lösung erfährt.
Was die staatlichen Pfandobjekte anlangt, so können nach Ansicht der Industrie aus den Reichs- und Staatsbetrieben, wenn sie privatwirtschaftlich arbeiten, in absehbarer Zeit jährlich etwa sechshundert Millionen Goldmark herausgewirtschaftet werden, bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft vielleicht eine Milliarde Goldmark und mehr.

Die Garantie der Privatwirtschaft für die Erfüllung ihrer Zusatzpflicht kann nur in einer Verpfändung ihrer Sachwerte liegen. Das Präsidium des Reichsverbandes ist der Ansicht, daß die Wirtschaft und zwar ländlicher und städtischer Grundbesitz, Industrie-, Handel- und Bankgewerbe jährlich eine Umsatzgarantie bis zum Höchstmaß von 500 Millionen Goldmark auf die Dauer von 30 Jahren übernehmen sollte. Die Industrie erklärt sich bereit, 40 Prozent der genannten Garantiesummen zunächst ohne Rücksicht auf das normale Kräfteverhältnis der Wirtschaftsguppen zu übernehmen. Als Pfand für die Erfüllung der übernommenen Pflichten kann nur der Besitz von unbeweglichem Vermögen in Frage kommen. Wo solche Besitztümer vorhanden sind, können Titel für geeignete persönliche Haftung geschaffen werden.
Die Übernahme der Garantie muß von einer Reihe von Voraussetzungen und Bedingungen abhängig gemacht werden: Möglichkeit erhalten, seine Lage zu stabilisieren;

1. Deutschland muß durch Aufhebung der Zahlungen die Freiheit im Verkehr mit dem Auslande und in Auslande wieder jugelblich werden;
 2. der deutschen Wirtschaft muß die volle Bewegungsfreiheit im Verkehr mit dem Auslande und in Auslande wieder jugelblich werden;
 3. Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft einschließlich des Abbaues der Außenhandelskontrolle, sowie Aufhebung aller Demobilisationsvorschriften.
 4. Erhaltung des Betriebskapitals, Ergänzung und Neubildung von Privatkapital durch baldige Umgestaltung der heute vielfach unglücklichen Steuererhebung (Einkommensteuer), Schaffung eines den Sparführer anregenden Steuerrechts und endlich
 5. bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Abfuhrstandes insbesondere der Tariffreiheit im Sinne der Vorarbeiten des Reichswirtschaftsrates, Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes und Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen.
- Diese Grundsätze müssen von allen beteiligten Faktoren sofort verwirklicht werden. Anderenfalls würde auch die letzte Hoffnung Deutschlands auf eine bessere Zukunft vernichtet werden. Die Verantwortung für einen verhängnisvollen Fehlschlag zu übernehmen, ist die Wirtschaft nicht in der Lage.

Frankreich und die deutsche Note.

Paris, 28. Mai. Die hier vorliegenden Berliner Meldungen über die Vorbereitung der neuen deutschen Note bestärken in Paris den Eindruck, daß von dem Kabinett Cuno-Kosener keine für Frankreich annehmbare Lösung der Reparationsfrage zu erwarten ist. Das Interesse für die angekündigten neuen Vorschläge Deutschlands ist daher nach wie vor äußerst gering, man kann fast sagen gleich Null. Darnach darf aber nicht geschlossen werden, daß ganz Frankreich die Fortdauer der gegenwärtigen Spannung wünscht. Nur die extrem-nationalisti-

sche Minderheit ist bestrebt, die endgültige Räumung des Ruhrgebiets hinauszuschieben und würde daher neue unannehmbarere Vorschläge Deutschlands freudig begrüßen. Die große Mehrheit des französischen Volkes lehnt dagegen das Ende des Konflikts herbei. Zu ihr gehören auch die leitenden Kreise, unter denen allerdings die bekannten Meinungsverschiedenheiten über die beste Methode zur Erreichung einer der Interessen Frankreichs entsprechenden Lösung bestehen. Für den Augenblick deutet nichts darauf hin, daß die abwartende Politik, die von Poincare gegenwärtig noch für die einzig richtige Taktik gehalten wird, in nächster Zeit einer aktiven Politik Platz machen wird.

Das belgisch-englische Einverständnis.

London, 28. Mai. Die Nachricht, daß Belgien sich entschlossen habe, zweifellos nach Fühlungnahme mit England, in Paris nicht nur ein eigenes Reparationsprogramm vorzulegen, sondern auch auf die baldige Einberufung des Obersten Rates zu drängen, der bereits im Juni zusammentreten müsse, um über die Reparationsfrage und den Ruhrkonflikt zu beraten, hat hier bei den verschiedenen Parteien einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Die Vorgänge im Ruhrgebiet haben eine gewisse Erregung in der öffentlichen Meinung Englands gegen Frankreich hervorgerufen, weil man hier betont, daß die französische Besatzung durch die Entwaffnung der deutschen Polizei und durch die Zerstörung der deutschen Zivilverwaltung alles getan habe, um den Kommunismus zu fördern. Meinungsverschiedenheiten bestehen hier in politischen Kreisen eigentlich nur darüber, ob der in Berlin weilende Radek als Beauftragter Frankreichs oder als französischer Spion im Ruhrgebiet und zur Unterstützung der kommunistischen Aktion mit Geld und Waffen anwesend sei. Die Schwäche der deutschen Regierung, die nach Ansicht hiesiger unterrichteter Kreise tatsächlich bei der Vorbereitung der neuen deutschen Note stark hervortrat, verstärkt die hier schon seit langer Zeit vorhandene Neigung, sich mit den Alliierten über ein Reparationsprogramm zu verständigen, das Deutschland kurzerhand durch eine einheitliche Aktion der gesamten Entente aufzuerlegen wäre. Nach der schwächlichen Haltung der deutschen Regierung gegenüber den Industriellen und den Regierungen der deutschen Länder glauben manche englische Wirtschaftskreise, daß eine rasche Entscheidung der Reparationsfrage, auch wenn sie ohne Anhörung Deutschlands erfolgen sollte, sobald die Basis des Diktats nur wirtschaftlich gesund sei, Deutschlands Rettung vor einem weiteren wirtschaftlichen Fall bedeuten würde.

Belgien läßt sich nicht abwägen.

Paris, 29. Mai. Die belgische Regierung hat, wie gestern abend am Quai d'Orsay bestätigt wurde, in Paris mitteilen lassen, daß sie es dankbar begrüßen würde wenn Poincare sobald wie möglich nach Brüssel käme, da eine Pariser Reise der belgischen Minister wegen der Erkrankung Jaspars vorläufig nicht möglich sei. Im hiesigen Außenministerium wird erklärt, daß es einstweilen ganz unbestimmt sei, wenn Poincare sich mit den belgischen Ministern treffen und wo diese Zusammenkunft stattfinden werde, ob in Brüssel oder in Paris. Ferner sei es immer noch unbestimmt, ob Frankreich die Ueberreichung der belgischen Dokumente schriftlich oder bei der nächsten Ministerzusammenkunft mündlich beantworten werde. In hiesigen politischen Kreisen wird versichert, Belgien habe sehr dringend um schnelle Stellungnahme zu seinen Anregungen ersucht; es habe gleichzeitig nicht weniger dringlich darauf bestanden, daß die Ministerzusammenkunft recht bald stattfinden.

Gegen Frankreichs Imperialismus.

Rom, 28. Mai. Die „Idea Nazionale“ veröffentlicht zwei Artikel gegen die französische Politik. Im ersten Artikel warnt Cantalupo davor, den beruhigenden Zusicherungen Poincares zu trauen und weist auf die Schrift Belfrage „Der Frieden durch die Ruhr“ hin, aus der Frankreichs Ländergüter sowie seine Absicht, durch die Ruhrbesetzung das Rheinland loszureißen, hervorgehe. In dem zweiten Artikel greift Coppola Poincares Behauptung an, Italien habe der Ruhrbesetzung zugestimmt. Vielmehr sei Italien nur für Wirtschaftspänder eingetreten, wogegen Frankreich unter Verletzung des Vertrages auch außerhalb des Rahmens von Versailles Garantien suche, welche das europäische Gleichgewicht und die Interessen der anderen Alliierten schädigten, was letztere, insbesondere Italien, nicht zugeben könnten. Dieses sei besonders auch über die französischen Pläne in Dalmatien stützig, aus denen die Politik Italiens die notwendigen Folgerungen ziehen müsse.

Kritik an dem Angebot der Industrie.

Berlin, 29. Mai. Das Garantieangebot der deutschen Industrie wird in politischen Kreisen teilweise kritisiert, weil die Industrie ihre Vorschläge in einer Form gefaßt hat als betrachteten die Industriellen ihren Reichsverband als einen der Regierung gleichberechtigten Partner. Der „Vorwärts“ erklärt, daß der Weg des Vertrages zwischen dem Staat und einzelnen Gruppen seiner Bürger zur Lösung finanzieller Fragen durchaus ungangbar sei. Das Blatt erklärt weiter, daß die Industrie in dem Augenblick, in dem von ihr Opfer verlangt werden, ein gewinnbringendes Geschäft vorschläge, da die Industrie die Befreiung von der Ausfuhrkontrolle verlange. Die dadurch erzielten Gewinne würden so hoch sein, daß das Garantieangebot mit seinen 200 Millionen Goldmark pro Jahr als gering bezeichnet werden müsse.

Die Auffassung der Reichsregierung.

Berlin, 28. Mai. Zu der Frage der Kredite für die deutschen Reparationsleistungen liegt in dem Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler ein wichtiger Beitrag vor. Das Schreiben trägt den von der Reichsregierung festgelegten Gesichtspunkten der Heranziehung der Wirtschaft zur dinglichen Sicherung der deutschen Reparationsrechnung, indem es sich prinzipiell auf den Boden dieser Auffassung stellt. Damit ist ein Schritt von großer Tragweite geschaffen, den die Reichsregierung als eine Grundlegung des Willens führender Wirtschaftskreise begrüßt, an der Lösung der schwierigen Garantiefragen aus allen Kräften mitzuarbeiten und die für eine brauchbare Regelung des Gesamtproblems erforderlichen Opfer zu bringen. Die Regelung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wie weit die von der Wirtschaft aufzubringenden Leistungen bei den weiteren Schritten der Reichsregierung Verwertung finden können. Denn so sehr es zu begrüßen ist, daß in Erkenntnis der Notwendigkeit großer Opfer einzelne Stände sich bereitfinden, an dem zu lösenden Problem mitzuarbeiten, so wenig entbindet dies die Regierung von der Aufgabe, von sich aus Maß und Verteilung der Leistungen unter Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbstätigen zu bestimmen und unabhängig festzulegen. Die Vorarbeiten hierfür sind von der Regierung aufgenommen. Mit der gleichen Selbstverantwortung wird sie die gesetzlichen Maßnahmen vorbereiten, die für die Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit erforderlich sein werden, wie sie im wesentlichen in der Note vom 14. November unter weitgehender Zustimmung der Parteien von der Regierung wiederholt zugesagt worden sind.

Das Pariser Krisenstück.

Von Poincares Rücktritt ist es schon wieder ganz still geworden. Das Elisee fährt, zweifellos durchaus im Einverständnis mit Poincare selber, fort, dem Vorfall im Senat ein durchaus formal-juristisches und politisch unbedeutendes Ansehen zu geben. Eine Neuorganisation des Staatsgerichtshofs soll ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorbeugen, d. h. man wird den Zustand ändern, daß Senat und Staatsgerichtshof gleichsam durch Personalunion ein und dasselbe sind. Die Annahme eines dahin gehenden Gesetzes im Senat wird dann wohl für Poincare die erforderliche Genehmigung darstellen. Wie wenig Poincare selber sein ja allerdings vom Präsidenten der Republik abgelehntes Rücktrittsgesuch ernst nimmt, geht schon daraus hervor, daß er die Ruhrverhandlung in der Kammer sich ruhig weiter abrollen läßt und auch selber in die Debatte eingreift, als wenn nichts wäre. Und Willerand tritt seine Propagandareise nach Elsaß-Lothringen an, als stünde seiner Abkömmlichkeit von Paris nichts im Wege, und er nimmt sogar den nächst Poincare meistbeteiligten Justizminister mit auf die Fahrt. Poincare wird also dem französischen Staate erhalten bleiben.

Ein Appell Lloyd Georges an die Kirche.

London, 28. Mai. Lloyd George hat in einer Rede in Edinburgh die englische und die schottische Kirche aufgefordert, eine große Weltfriedensbewegung einzuleiten und in England und in den anderen Ländern die öffentliche Meinung über die Bedeutung des Völkerrechtes aufzuklären und sie für eine Völkerorganisation, die wirksamer sei als der bisherige Völkerbund, zu gewinnen. Trostlos sei der Anblick Europas, der sich einem Menschen darbiete, der seit dem Ausbruch des Weltkrieges etwa auf irgendeine einjame Insel verschlagen worden sei, und jetzt nach Europa zurückkehre. In Deutschland finde er eine schüchterne Republik, ein trostloses und zerrüttetes Rußland verjuche soziale Dogmen in die Tat umzusetzen, Oesterreich sei durch die tiefste Armut hindurchgegangen, um nun durch die Wohlthätigkeit seiner ehemaligen Feinde vor dem Untergang bewahrt zu werden. Heute wiederhole sich in Europa die Lage, aus der der Weltkrieg hervorgegangen sei. Die Deutschen und die Franzosen seien wieder in einen Todeskampf verstrickt und andere Völker steuerten in den Nebel hinein. Diese Lage, wie sie heute wäre, müsse Akte der Vergeltung zur Folge haben und man könne ersehen, wohin die menschliche Vergeltung die Menschheit treiben werde. Das Suchen nach Vergeltung greife wie Feuer um sich. In einer anschließenden Massenversammlung behandelte Lloyd George das selbe Thema in populärer Form. Die Kirche müßte heute im Interesse des Friedens wirksamere Mittel finden als zuvor, denn in keiner Zeitung habe die Nachricht gestanden, daß der Teufel im Weltkrieg erschlagen worden sei, er habe nicht einmal Aufnahme in einer Verlustliste gefunden.

Nachdenkliche Betrachtungen der englischen Presse.

London, 26. Mai. Bezugnehmend auf die in Europa augenblicklich herrschende Not schreibt die „Times“, es bestehe kein Zweifel, daß die Lage Europas schlimmer werde. Eine neue akute Krise sei in Sicht, in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den siegreichen Alliierten und Deutschland, eine Krise, die die Beziehungen Großbritanniens zu Frankreich tief berühre. Die französische Regierung sei entschlossen, in ihrer Verfolgung der separaten Politik, die sie im Ruhrgebiet angenommen, zu verharren.

Unter Hinweis auf die letzte französische Regierungskrise schreibt die „Times“, soweit die Ruhrfrage in Betracht komme, zeige die französische öffentliche Meinung für den Augenblick keinerlei Zeichen von Schwäche. Augenblicklich sei es wesentlich, daß nicht gestattet werde, daß die Anordnung in Deutschland sich ausbreite. Es gäbe kein beunruhigenderes Symptom als die Ausbreitung der kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet. Die Besetzung Selskirkens durch die Kommunisten und die Ausschreitungen in Dortmund und Bochum seien ernste Ereignisse, die die Franzosen in dem Gebiet, das sich unter ihrer starken militärischen Kontrolle befinde, und das sie des Polizeischutzes beraubt hätten, gestatten dürften. Die „Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel, daß Belgien anfangs, zu zweifeln, ob es klar war, das Ruhr-

unternehmen zu unterstützen. Es habe nichts Wesentliches für seine Mähe erhalten. Die belgischen Staatsmänner seien besorgt über die Lockerung der Bande, die die Alliierten zusammenhielten, dies sei die Bedeutung der bevorstehenden Konferenz über die Reparationen zwischen Frankreich und Belgien. Wie gefährlich die Lage sowohl für Frankreich als für Deutschland geworden sei, gehe aus der Ausbreitung des kommunistischen Aufstandes im Ruhrgebiet hervor. Wie es heiße, marschierten bewaffnete Banden gegen die Stadt Essen und Gelsenkirchen sei vollständig in den Händen der Kommunisten. Die deutschen Behörden seien, da ihre Polizei aus diesem Gebiet weggeschickt wurden, nicht in der Lage, solchen Unruhen entgegenzutreten. Sie hätten um die Erlaubnis ersucht, Polizeikräfte nach dem Ruhrgebiet zu senden, aber die französische Antwort werde sicherlich ablehnend sein. Aber dann könnten die Franzosen nicht neutral bleiben, wie sie es jetzt täten. Entweder müßten sie die Verantwortung für die Ordnung in dem Gebiet, das sie besetzten, übernehmen, oder sie müßten diese Verantwortung anderen übertragen. Poincaré könne nicht gleichzeitig zurücktreten wollen, weil die Kommunisten in Frankreich nicht mit Strenge bestraft würden, und ihnen gestatten, im Ruhrgebiet zu tun, was ihnen gefalle. Es gäbe französische Publizisten, die jede Bewegung begrüßten, die Deutschland zu ruinieren drohe, da sie der Ansicht seien, daß die deutsche Regierung in panischer Furcht alle Bedingungen annehmen werde. Dies sei nicht nur eine kurzfristige, sondern eine wahrhaftige Politik.

Franzosen und Kommunistenabwehr.

Zum Schaden den Hohn.

Paris, 28. Mai. Havas meldet aus Düsseldorf, man habe angekündigt, die Besatzungsbehörden wollten um jeden Preis bei den jetzigen Zwischenfällen im Ruhrgebiet neutral bleiben. Es sei gut, festzustellen, daß die Ruhrbesetzung niemals den Zweck gehabt habe, die Verwaltung deutschen Gebiets zu übernehmen, und daß es nicht in der Absicht der alliierten Regierungen liege, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen. Der deutschen Polizei falle allein die Aufgabe zu, die Ordnung wiederherzustellen. Die Truppen würden nur dann eingreifen, wenn ihre Sicherheit bedroht werde.

Die Behauptung, es liege nicht in der Absicht der alliierten Regierungen, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen, gehört zu den grotesksten Verdrehungen der Wahrheit, die sich die französische Propaganda je geleistet hat. Als ob nicht die Vernichtung der deutschen Schutzpolizei, die Massenausrüstung von Beamten überhaupt die ganze Flut von Verordnungen, die den täglichen Handel und Wandel auf Schritt und Tritt hemmen und einengen, nicht ebenso viele Eingriffe in innerdeutsche Angelegenheiten wäre. Oder soll vielleicht bestritten werden, daß die offenkundige Förderung und Beschützung der Smecets- und Vorkenteute ein Eingriff in innerdeutsche Angelegenheiten war und ist? Aber es scheint fast, als stelle der erste Teil dieser Düsseldorf-Havasmeldung nur der Luftakt dar für den letzten, worin erklärt wird, daß die französischen Truppen nur dann eingreifen würden, wenn „ihre Sicherheit bedroht“ werde. Unter diesem Begriff ist französische Logik so ziemlich alles zu bringen imstande. Jedenfalls ist es der blutigste Hohn, heute die deutsche Polizei zu entlassen und auszutreiben und morgen zu erklären, ihr allein falle die Aufgabe zu, die Ordnung wiederherzustellen. Inzwischen hat anscheinend General Denvignes wenigstens einigermaßen die starre Formel gelockert und ein gewisses Verständnis dafür gezeigt, daß das französische Oberkommando sich eine derartige komische Rolle vor der Welt doch nicht wohl erlauben könne. Wie aus Elberfeld gemeldet wird, ist zwar das erneute Ersuchen des Regierungspräsidenten Dr. Grüninger um Zulassung von Schutzpolizei in das durch die Kommunisten gefährdete Gebiet von General Denvignes wiederum abgelehnt worden, doch hat der General immerhin erlaubt, daß Kriminalpolizei in den Orten verwendet wird, in denen die Lage gerade bedrohlich ist. Die Erlaubnis ist allerdings in die Bedingung geknüpft, daß sich die französischen Kommandanten der Orte, aus denen die Polizei kommt, und der Orte, in denen sie verwendet werden soll, sowie der französische Divisionär mit der Verwendung und dem Transport der Polizei einverstanden erklären. Das sind Umständenlichkeiten, die je nachdem den ganzen Erfolg des Zugeständnisses wieder hinfällig machen können. Aber einigermaßen wäre doch Erleichterung geschaffen, wenn die Nachricht sich bestätigte. Hier mag noch ein englisches Urteil beigelegt werden. Die Franzosen könnten nicht weiter

neutral bleiben. Entweder müßten sie die Verantwortung für die Ordnung im besetzten Gebiet übernehmen oder sie müßten diese Verantwortung anderen übertragen. Poincaré könne nicht gleichzeitig zurücktreten wollen, weil die Kommunisten in Frankreich nicht streng bestraft werden und ihnen gestatten im Ruhrgebiet zu tun, was ihnen gefalle. Die von französischen Publizisten vorgeschlagene Politik, jede deutsches ruinierende Bewegung zu begrüßen, sei nicht nur kurzfristig, sondern wahrhaftig.

Der kommunistische Terror.

Gelsenkirchen, 28. Mai. Die äußerliche Ruhe, die am Samstag und gestern in Gelsenkirchen herrschte, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der starke kommunistische Druck die teilweise wieder eingefahrne Tageschicht aller Schichtanlagen im mittleren Industriebezirk zwang, die Arbeit wieder aufzugeben. Die Kommunisten waren mit Netzen und Stöcken ausgerüstet und es gab unter den Arbeitswilligen zahlreiche Verlegte. Auf einer Bergarbeiterversammlung am Sonntag morgen wurde der Generalstreik für Montag proklamiert und die Versammlungsteilnehmer zogen sofort zur Belegschaft Rhein-Elbe und vertrieben die im Tagesbetrieb tätigen Arbeiter. Die roten Hundertschaften sind in Gelsenkirchen immer noch in Tätigkeit. Auch in Wanne gelang es den Aufzählern, die Schichtanlagen still zu legen. Auf einem den Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaften gehörigen Schächten setzten sich die Arbeiter jedoch zur Wehr und zwangen die Kommunisten zum Abzug, wobei ihnen die rasch alarmierte blaue Polizei, die mit blanker Waffe eintrifft, Hilfe leistete. Als sich um 10 Uhr abends die Kommunisten auf dem Rückzug befanden, hatten die französischen Truppen in Wanne eingegriffen, die schon seit dem Morgen alarmbereit gestanden hatten; sie rückten in starken Streifen durch die Straßen und säuberten alle in kurzer Zeit. Auf den Zechenanlagen in Herne und Eickel hatten dagegen die Kommunisten Erfolg. Es gelang ihnen, in den zur Zeche Hibernia gehörigen Schächten Shamrock und Mont Cenis die Arbeiter mit Gewalt aus den Gruben zu vertreiben; dann demolierten sie auch das Hauptverwaltungsgebäude.

Die vom Franzosen gemarterten Brüder erwarten Hilfe von dir!

Darum gib für Rhein und Ruhr und erlahme nicht!

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postfachkonto Karlsruhe Nr. 6903.

Unsere Sammlung ergab bis jetzt 3 728 268 Mark.

Der französische Unruhestifter.

London, 28. Mai. Zu den kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet schreibt die „Daily News“: Welcher Eindruck würde wohl nach Ansicht der französischen Regierung bei der öffentlichen Meinung der Welt hervorgerufen werden, wenn die Welt zu der Ueberzeugung käme, daß Frankreich seine Ruhrbesetzung dazu benütze, um die anarchistische Revolution im Gebiete seines bisherigen Feindes zu ermutigen und zu schüren? — „Oberver“ erklärt, die Franzosen spielen mit dem Feuer. Das Blatt fragt, mit welchem Gefühl wohl das industrielle Belgien auf den mit französischer Erlaubnis im Hause seines Nachbarn entfachenden kommunistischen Brand blicke? Die belgische Regierung würde sicher froh sein, unter gewissen Bedingungen die Ruhrbesetzung beendet zu sehen; ohne Großbritannien und Italien sei keine Lösung möglich.

Ende des Streiks in Gelsenkirchen?

Gelsenkirchen, 29. Mai. Die Kommunisten nahmen heute nachmittag in einer Massenversammlung unter freiem Himmel Stellung zu dem neuen Lohnabkommen im Bergbau. Von den Rednern wurde zwar das Ergebnis der Vereinbarung als ungenügend bezeichnet, doch wurde die Versammlung aufgefordert, sich vorläufig damit zufrieden zu geben und die Arbeit unter den neuen Lohnbedingungen wieder aufzunehmen. Die Versammlung erklärte dazu ihr Einverständnis. In Plakaten

fordert die Kommunistenpartei die streikenden Bergleute auf, am morgigen Mittwoch zur Morgenschicht wieder einzufahren. Daneben stellen die Kommunisten das neue Lohnabkommen als ihren Sieg hin und nützen es propäandistisch für ihre Zwecke aus.

Der enttäuschte Abbe Wetterle.

Professor Kurt Oskar Müller in Fulda stellt der „Deutschen Tageszeitung“ einen Brief des ehemaligen deutschen und jetzigen französischen Abgeordneten Wetterle zur Verfügung, aus dem das Blatt folgendes entnimmt:

Colmar, den 10. April 1923.

Lieber Herr Professor!

Ihre in der „Marche de France“ veröffentlichte Zuschrift veranlaßt mich, unseren lange unterbrochenen Briefwechsel wieder aufzunehmen. Stellen Sie sich vor: Man hat den Verdacht ausgesprochen, daß ich es mit der Würde meines Priestergewandes vereinbaren könne, Briefe von Ihnen zu fälschen. Dieses Schreiben an Sie ist der beste Beweis dafür, was von einer solchen Behauptung zu halten ist.

Sie fragen mich, wie ich aus der Kanregieaffäre herausgekommen bin, und ermächtigen mich, aus meiner Ihnen bekannten Bescheidenheit herauszutreten und von mir selbst zu sprechen. Was soll ich Ihnen sagen! Sie wissen ja selbst, welcher Frost auf meine kleinen ehrgeizigen Tränen gefallen ist. Daß dieser verfluchte Kanregieheer in seiner Liebeshollerei meine Briefe nicht verbrannt hat, werde ich ihm nie verzeihen. Sie sind doch sehr bekannt geworden, aber das schlimmste ist, daß das Gerücht umgeht, diese verhängnisvollen Papiere sollen in der Schweiz in Fagimiledruck erschienen. Das kann ein schöner Skandal werden. Man müßte dies verhindern. Können Sie mir als früherer Freund keinen Rat geben?

Unserem spielt hier eine erniedrigende Rolle. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Jetzt ist man noch gerade gut genug, um als Kriegstrompeter in der Suite, als der Mann, für den man allemal gilt, von Zeit zu Zeit das alt, allen langweilig gewordenen Lied zu blasen, und im übrigen ist man als Pollicinell beiseite gemorfen, wie ein Spielzeug dessen man überdrüssig geworden ist.

Manchmal zuckt es mir in allen Gliedern, die einstige Rolle einmal umgekehrt zu spielen. Ach, wenn man könnte, wenn die Deutschen nicht so dumm wären, es gäbe einen Hauptspieß. Wenn die Deutschen ahnten, welche Trümpfe sie in den Händen haben, Ruhrwiderstand war für Poincaré ein Schlag ins Kontor den er nicht in Rechnung gestellt hatte. Die Särgung in den Wiederaufbaugebieten, wo die Arbeit wieder einmal völlig stockt, ist sehr unangenehm. Was die Regierung von all denen hören muß, die an den sogenannten deutschen „Reparationen“ beteiligt sind, klingt auch nicht wie Musik. Poincaré hat die größte Dummheit des Lebens begangen und den Kopf völlig verloren. Seit man ihn bei der Einweihung eines der Denkmäler, auf dem stehen müßte: „Pour la gloire de monsieur Poincaré!“ das Wort „Assassin!“, Mörder, zugerufen hat, läuft er herum, wie das leibhaftige böse Gewissen. Ueberhaupt das psychologische Problem Poincaré. Es könnte mich reizen, diesen Kopf einmal mit meinem Pinsel zu malen.

Schreiben Sie mir bald wieder. Sie werden umgehend meine Antwort erhalten, die ich bitte vertraulich zu behandeln, damit man nicht Ihnen den Vorwurf macht, Sie fälschten meinen Brief, wie ich diejenigen „meines Deutschen“.

Ihr ergebener Abbe Wetterle, Depute du Rhin.
Für die Richtigkeit der Abschrift: Professor Kurt Oskar Müller in Fulda.

Frankreichs Vasallen.

Die militärische Inspektion der kleinen Entente durch Frankreich ist jetzt beendet. Marschall Foch ist dieser Tage aus der Tschechoslowakei abgereist, nachdem er drei Tage in Prag, einen in Preßburg militärischen Besichtigungen gewidmet hatte und nachdem er vorher Gast der polnischen Republik gewesen war; ungefähr gleichzeitig hat der aus der Oberschlesischen Besatzungszeit her bekannte General Le Rond die Verhältnisse von Heer und Marine in Südslawien insiziert. Seine Aufgabe war die wesentlich einfachere, Marschall Foch hatte daneben noch ein diplomatisches Pensum zu erfüllen; es kam nicht nur darauf an, zu untersuchen, wie weit Polen und die Tschechoslowakei militärisch für alle Eventualitäten, d. h. in erster Reihe für ein Kampf gegen das Land, das widerstandslos als gemeinsamer Gegner angesehen wird, gegen

Schickfalswende.

Roman von A. Klinger.

28) Nachdruck verboten.
Da sie noch nicht im Besitz von Trauerkleidern war, hatte sie einen graueidenden Staubmantel angelegt und einen kleinen Hut von derselben Farbe.
Ihre Schönheit und Anmut überraschte selbst den Kaufherrn, der ein Kenner weiblicher Reize war, und einen Moment schwand er tatsächlich, ob es nicht geratener sei, eine so vornehm wirkende Persönlichkeit unter einem Vorwande abzuweisen. Es ging hier immerhin schlicht bürgerlich zu, und die alten unruhigen Räume waren nicht der rechte Rahmen für dieses entzückende Geschöpf, die verdrießlichen Menschen dieses Hauses konnte man ihr ebensowenig zumuten.
Doch Herbert Wengdorf war ein Menschenkenner. Er sagte sich, daß die schönsten, vollwertigsten Frauen fast ausnahmslos auch die bescheidensten und vernünftigsten sind. Das gab den Ausschlag. Er verwarf seine Bedenken und beschloß, sich gerade für dieses bezaubernd schöne Mädchen zu entscheiden.
Er setzte sich ihr gegenüber, die er höflich gebeten hatte, Platz zu nehmen. Er fragte zunächst nach ihren Zeugnissen.
„Ich kann Zeugnisse nicht aufweisen, da ich zum erstenmale eine derartige Stelle annehmen will,“ sagte Almida, „aber ich hoffe, daß meine Kenntnisse und persönlichen Eigenschaften ausreichen, um einer Dame eine angenehme Gesellschaft und Stütze zu bieten. Ich bin im Klavier- und Harmoniumspiel ausgebildet und singe auch etwas. Ich lese gern vor und bin auch wohl befähigt, die Korrespondenz zu führen, sofern dies verlangt wird. In der Häuslichkeit —“
Bitte sehr, die Hausarbeit wird von den Mädchen und dem Diener besorgt. Ihre Leistungen, mein liebes Fräulein, werden uns vollauf genügen, nun aber kommt es darauf an, ob Ihnen der enge Rahmen dieses Haushalts zusagt. Meine Frau ist leidend und oft ungenießbar, und ich selbst bin ein verdrießlicher Kerl. Wir sind unmoderne Geister. Ich sehe ganz ta meine Geschäftsinteressen auf; was meine Frau mit ihrer Zeit beginnt, entzieht sich meiner Beurteilung. Wenn Sie einen Versuch machen wollen, so soll es mir recht sein!

Almida sagte: „Ich will mir alle Mühe geben, mich in die Hausordnung hineinzufinden. Ich habe keine Ansprüche. Hoffentlich bin ich auch der gnädigen Frau sympathisch, so daß sie mit Ihrer Wahl einverstanden ist, Herr Wengdorf?“
„Meine Frau verläßt sich auf meine Menschenkenntnis. Sie sind engagiert Fräulein! Wann können Sie Ihre Stelle antreten?“
„In vier Tagen, also am Sonntag, Herr Wengdorf, vorher ist es mir leider nicht möglich.“
„Gut, dann erwarten wir Sie am Sonntag vormittag.“
Die Gehaltsfrage erledigte sich zu Almidas vollkommener Zufriedenheit, Hubert hatte ihr gesagt, daß sein Vater in bezug auf seine Angestellten kein Knäuser und Fennigfuchser war, und die Summe genannt, die sie fordern sollte.
Nur zaghaft stellte Almida ihre Ansprüche, die jedoch ohne weiteres bewilligt wurden.
Herr Wengdorf sagte dann noch: „Da Sie nun zu meinem Hause in ein näheres und, wie ich hoffe, freundschaftliches Verhältnis treten, mein Fräulein, möchte ich noch bemerken, daß Sie sehr in meinem Sinne handeln würden, wenn Sie in meiner Frau das Interesse und Verständnis für die klassische Literatur wecken und fördern wollten. Sie hat sich bisher wenig oder gar nicht mit Literatur beschäftigt, und der Defekt macht sich, nun sie älter wird, auffällig und unangenehm fühlbar. Ihr Urteil, ihre ganze Denkungsart könnte durch gute Lektüre und Meinungsaustausch über das Gelesene beeinflusst und gebildet werden. Jahr und Tag habe ich gesonnen, in welcher Weise ihr wohl beizukommen wäre, bis ich jetzt darauf kam, ihr eine Gesellschafterin zu suchen. Es geht mich selbst in Verwunderung, daß ich nicht früher dieser Ausweg fand.“
Almida hatte in hoher Verehrung zu ihrem Vater aufgesehen. Sein reiches Wissen, sein klares Urteil waren der stets frisch sprudelnde Quell gewesen, aus dem ihre Jugend schöpfte, durch den ihre Unerfahrenheit sich bildete und bereicherte.
„Wohl stehe ich mit unseren Klässlern auf vertrautem Fuß“, äußerte sie bescheiden, „und auch die vornehmen Geister unserer modernen Literatur sind mir wohlbekannt; ob ich aber imstande bin, von meinem geistigen Vermögen so viel abzu-

geben, daß es einem anderen Menschen zustatten kommt, muß ich doch bezweifeln.“
„Schon Ihre Sprache bürgt mir dafür, daß Sie es können, mein Fräulein. Ich erwarte ja von Ihnen keine hofmessterliche Tätigkeit. Aber wenn Sie beständig bemüht sind meine Frau welche sich leicht in Alltäglichkeit und Frauenbasereien verliert, abzulenken, auf ein etwas erhöhtes geistiges Niveau h'überzureiten, so wird der Erfolg sicher richtig ausbleiben.“
„Ich will es versuchen, will mich gern in Ihrem Sinne bemühen, Herr Wengdorf.“
„Ich danke Ihnen! Sie werden mir Wort halten und noch eins: Ueber alle in meinem Hause vorkommenden Anlässigkeiten, die einer Erörterung wert sind oder der Erledigung bedürfen, entscheide ich, und ich bitte Sie, sich danach zu richten. Alles andere überlasse ich Ihrer Klugheit und Ihrem Taktgefühl.“
Almida erhob sich. „Ich will mich in Ihrem Sinne bemühen, Herr Wengdorf, mehr kann ich ja nicht versprechen.“
„Ihr guter Wille genügt mir, Fräulein —! Ich habe Ihren Namen wohl überhört.“
„Alma Gröper,“ sagte sie leise, mit bebender Stimme.
„Also auf Wiedersehn, Fräulein Gröper. Ich verlasse mich darauf, daß Sie pünktlich am Sonntag vormittag zur Stelle sind.“
Almida verneigte sich zustimmend und zugleich abschiednehmend.
Draußen rang sie nach Fassung. Es war zu viel des Neuen, Ungewöhnlichen was auf sie einstürzte. Sie kämpfte mit einem Schwindelgefühl.
Doch da erschien der Diener und führte sie bis zum Ausgang.
Sie ging. Die Hausfrau — Huberts Mutter — hatte sie nicht zu Gesicht bekommen.
Sie erreichte noch zur rechten Zeit den Zug, und als sie bequem in ihrem Abteil saß, stieg die Elastizität ihrer Jugend. Sie schauderte nicht mehr vor der Fremde, in die sie hinaus folte, zurück. Das Leben dort draußen mit seinen überraschenden Eindrücken gewann Reiz für sie.

Deutschland, vorbereitet sei, sondern es mußten auch nach Möglichkeit die Differenzen die zwischen den beiden genannten Staaten bestehen, beigelegt werden, damit im entscheidenden Moment auch die Kooperation zwischen ihnen gesichert sei. Soweit es angebracht ist, aus den spärlichen Äußerungen der Staatsmänner Schlüsse zu ziehen, ist es bisher noch nicht gelungen, vollkommene Übereinstimmung zwischen Polen und seinem Kleinen-Entente-Bruder herzustellen, aber man befindet sich auf dem Wege dazu. Wenigstens ist nur so die Erklärung des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Beneš zu deuten, das tschechoslowakisch-polnische Einverständnis sei notwendig und müsse kommen, die Prestigepolitik müsse aufgegeben und der Streit durch eine reale Politik beigelegt werden. So sprach Dr. Beneš zu einem Vertreter des Pariser Matin, und daraus ergibt sich, daß die tschechische Regierung dem Drängen Frankreichs nachgegeben hat und den Grenzstreit mit Polen zu dessen Gunsten beilegen wird. Die französische Politik hat also in den Ländern der Kleinen Entente allem Anschein nach auf der ganzen Linie gesiegt. In der Theorie wenigstens. Ob diese kleine Entente im Ernstfall alle Hoffnungen der französischen Republik erfüllen wird, ist eine andere Sache. Hoffentlich wird sich nicht die Gelegenheit ergeben, die Probe darauf zu machen.

Absperrung des besetzten Gebiets.

Düsseldorf, 29. Mai. Die Absperrung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets soll nun am 1. Juni zur Tatsache werden. Es ist in den großen Stationen schon seit gestern ein schärferer Ton zu bemerken. Man verlangt auf den verschiedenen Einreisestellen bereits seit gestern das neu geforderte Einreisepaßbuch und man kontrolliert auch die Ausreisenden, ob die Erlaubnis zur Ausreise bereits eingeholt worden ist. Allerdings arbeiten die Grenzposten ganz verschieden. Während sich auf einigen der Verkehr noch ziemlich zwinglos vollziehen darf, wird auf anderen schon mit unerbittlicher Strenge die Kontrolle gehandhabt und alle Reisenden, die das Einreisepaßbuch nicht besitzen, dürfen nicht in das Ruhrgebiet hineinkommen. Früher war auf den Einreisestellen, die mit der Eisenbahn verbunden waren, die Handhabung der Kontrolle immer am schwächsten; aber seit gestern wird z. B. am Weg von Elberfeld nach Essen sehr scharf kontrolliert und die dort neu eingereisten Alpenjäger haben gestern abend schon Hunderten von Reisenden die Weiterreise untersagt. Am 1. Juni tritt auch der Besatzungsplan für das englische Gebiet in Kraft. Auch hier wird verlangt, daß man eine Einreise-Erlaubnis vorweist, wenn man in das Gebiet hineinkommen will. Die Erteilung des Visums ist an verschiedenen Stellen mit großen Schwierigkeiten verbunden. Erstens mißfällt sich der Betrieb in den betreffenden Stellen, die das Visum erteilen, sehr langsam ab, weil jeder, der das Visum haben will, mit dem ganzen Nationalen in eine Liste eingetragen werden muß. Außerdem wird jetzt verlangt, daß derjenige, der ein Ausreisepaßbuch haben will, persönlich auf die Poststelle kommen muß, damit genau festgestellt werden kann, daß das eingereichte Lichtbild auch mit dem Paßfoto übereinstimmt. Wenn diese Maßregel am 1. Juni in Kraft tritt, so ist das eine ungeheure Erschwerung und für die erste Zeit beinahe eine Lähmung des Verkehrs zwischen dem besetzten Gebiet und dem unbesetzten Deutschland.

Das Oppauer Werk der Anilinfabrik besetzt.

Mannheim, 28. Mai. Aus französischer Quelle wurde über Wiesbaden kürzlich mitgeteilt, daß am vorigen Mittwoch das Oppauer Werk der Anilinfabrik besetzt worden sollte. Das geschah indessen nicht. Da inzwischen die höchsten Farbwerke wieder freigegeben worden sind und man auch annehmen zu dürfen glaubte, die Badische Anilin- und Sodafabrik werde bald in derselben Lage sein, so ist wohl kaum noch mit der Besetzung des Oppauer Werkes gerechnet worden. Aber die Besetzung des Oppauer Werkes ist heute dennoch erfolgt. Der Betrieb ist alsbald stillgelegt worden. Die Arbeiter wurden von den Franzosen einfach aus dem Werk vertrieben. Hier Ingenieure werden festgehalten. Über die Veranlassung und die Absichten der Besetzung haben die Franzosen bis jetzt nichts verlauten lassen. Im Alten Werk der Anilinfabrik ist die Lage seit gestern unverändert; es befindet sich noch etwa eine Kompagnie im Werk und ein Posten steht vor dem Haupteingang.

Entschädigung für Spekulationsverluste.

Unter den Forderungen, die Amerika gegen Deutschland aus „Kriegsverlust“ erhebt, befindet sich ein Posten, der besonderes Interesse verdient. In dem Verzeichnis der Ansprüche amerikanischer Bürger steht an sechster Stelle eine Forderung von 21 Millionen Dollar als Entschädigung für die Entwertung deutschen Geldes. Bald nach Kriegsende, als die Reichsmark etwa auf die Hälfte ihres Wertes gesunken war, haben die Spekulanten in Amerika und in andern Ländern deutsches Papiergeld nach Milliarden aufgekauft in der Annahme, daß die inneren Verhältnisse Deutschlands sich bald wieder ordnen und bei dem benährten Fleiß des deutschen Volkes die Wunden des Kriegs und der Revolution leicht zu heilen sein werden. Sie haben die Rechnung ohne die Entschädigungskommission gemacht und auch die Wandlung unterschätzt, die das deutsche Volk durchgemacht hatte. Durch die Spekulationskäufe wurde die Markentwertung wohl vorübergehend verlangsamt, dann aber setzte sich der Verfall um so rascher fort und die Verluste der Spekulanten wuchsen ins Ungeheure. Nun soll Deutschland unter dem Namen der Kriegsentuschädigung auch noch für die mißglückten Käufe von weggeworfenem Geld aufzukommen! Hat denn nicht einst Wilson in jener bekannten Novemberbotschaft ausdrücklich erklärt, es solle keine Kriegsentuschädigungen geben? Präsident Harding glaubt es wohl rechtfertigen zu können, daß trotz des verständigen Wortes seines Amtsvorgängers dennoch Kriegsansprüche erhoben werden, hat doch Wilson selbst sein Wort gebrochen. Aber wie will man die Spekulationsverluste, die nach der Absicht der Spekulanten doch eigentlich auf eine Bewunderung und Überwörterung Deutschlands hinausliefen, unter die Posten der Kriegsschäden bringen? Es wird verständlich, daß der bisherige amerikanische Vorsitzende der Schiedsgerichtskommission, der frühere Richter Dar, sein Amt niedergelegt hat, weil er einen so weitgehenden „Amerikanismus“ mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbaren konnte. An seine Stelle soll ein gewisser Herr Parker treten. Nebenbei sei erwähnt, daß amerikanische Versicherungsgesellschaften eine Rückersatzung von 38 Millionen Dollar für ausgezahlte Versicherungsgelder verlangen, ein Anspruch, dessen Begründung im Augenblick noch nicht klar erscheint.

Vor dem deutschen Bankerott.

Das „Echo de Paris“ vom 9. Mai schreibt: „Nur die deutsche Arbeit kann unsere Kriegsschäden wieder beheben. Die Früchte der deutschen Arbeit werden wir erst dann genießen,

wenn in dem Zusammenbruch die große industrielle Organisation zerschlagen wird, die gegen uns alle noch lebendigen Kräfte des Germanismus ins Feld führt. Damit wir etwas erhalten, muß die Bevölkerung an der Ruhr und am Rheine durch die Ereignisse gezwungen werden, bei uns Garantien für die öffentliche Ordnung zu suchen. Im Ruhrgebiete und auf dem linken Rheinufer müssen wir uns darauf vorbereiten, von der zweifellos bevorstehenden wirtschaftlichen Auflösung zu profitieren.“ — Nun also kennen wir den französischen Plan: Zuerst soll unsere Industrie im Ruhrgebiete und Rheinlande vernichtet, durch diese Vernichtung die öffentliche Ordnung gestört und dann während dieser Unruhen die französische Herrschaft errichtet werden. Die geschlossene Front zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der unbeugsame gemeinsame Abwehrkampf wird den Plan zu Schanden machen.

Vom russischen Staatshaushalt.

Der Voranschlag für den Staatshaushalt der Sowjets wird soeben durch den „Gosplan“, der eigens für diesen Zweck eingesetzten Verwaltungsbehörde veröffentlicht. Die Ausgaben sind darin mit einer Gesamtsumme von 693 Millionen Goldrubel veranschlagt, denen Einnahmen im Gesamtbetrag von 364 Millionen gegenüber stehen. Es ergibt sich demnach ein Fehlbetrag von 329 Millionen, der teilweise durch Nebenausgaben in Höhe von einhundertachtzig Millionen und Kreditorationen mit vierundfünfzig Millionen gedeckt werden soll. Gleichzeitig kündigt der „Gosplan“ an, daß er sich außer Stande sehe, den gesamten Fehlbetrag zu decken, diese Aufgabe vielmehr dem Rat der Volkskommissare als höchste Instanz überlassen müsse. Der Banknotenumsatz Sowjetrußlands beträgt zur Zeit 2 629 200 000 000 Rubel. Diese unaussprechliche Zahl bedeutet zweieinhalb Milliarden Milliarden. Die Sowjetpresse tröstet sich damit, daß diese Papierfuf nur 100 Millionen Goldrubel darstelle. Die Weltrevolution scheint also recht schlecht finanziert zu sein. Für unsere deutschen Sowjetanhänger aber sollte die Zahl ein fürchtbares Warnungszeichen sein. Sie zeigt, was aus einem am Bodensatzigen fast unerschöpflichen Land wie Rußland unter dem bolschewistischen Regierungs- und Wirtschaftssystem geworden ist.

Valuta und Reichsfinanzen.

Seitdem Mitte April der Markkurs aufs neue ins Wanken geriet, ist die Verschlechterung unserer Valuta in wechselfendem Tempo fortgeschritten. Die allgemeine Verschärfung der poli-

Die Bezugserneuerung

für Monat Juni eilt!

Im Interesse einer ununterbrochenen Zustellung wolle man bei den Aus-trägern oder dem Postamt

den Landboten sofort bestellen!

tischen Lage, insbesondere die geradezu feindselige Aufnahme unseres Reparationsangebotes vom 2. Mai durch die Verbandsmächte hat natürlich auf den Markkurs gedrückt. Die feierliche Erklärung der Reichsregierung, die Aktion zur Marktstabilisierung mit allen Kräften fortzusetzen, hat immerhin eine gewisse Unruhe in die Kreise der Börsenspekulanten hineingetragen. Die Baifse-Spekulanten in deutscher Mark wären in sich nicht stark genug, den Dollarkurs nach Befeben in die Höhe zu treiben. Sie rechnen vielmehr darauf, daß der legitime Devisenbedarf (die Bezüge aus indische, Rohstoffe sowie der Importhandel) unter allen Umständen Dollars, Gulden usw. haben, und daß die Nachfrage gerade dann besonders stürmisch werden muß, wenn sich die Interessenten einige Wochen lang Beschränkung auferlegt haben. Die legitimen Devisen-Interessenten vertrauen darauf, daß die Reichsbank nach einer gewissen Zeit steigenden Dollarkurses „überfallartig“ eingreifen, und daß schließlich der Dollar doch wieder zum Frage von 30 000 Mark zu haben sein werde. Inzwischen hat sich der Dollarkurs — allerdings in vermindertem Tempo — wieder beinahe zu seinem Höhepunkt von 50 000 Mark, den er Ende Januar vorübergehend erreicht hatte, gehoben. Die damit zusammenhängende Verteuerung des Lebensunterhaltes bringt in das Gehalts- und Lohnwesen eine neue Revolution, wie sie uns jetzt zwei Monate lang erpart geblieben ist. Die Gehälter und Löhne für Mai werden erheblich höher sein als die für März und April.

Die Reichsfinanzen haben in den letzten Wochen eine gewisse Entlastung erfahren. Es ist endlich gelungen, die rückständigen Steuerbeträge einzukassieren und für Steuervorschüsse in immerhin beachtlichem Umfang Sorge zu tragen. Der starke Zufluß an Bargeld macht es dem Reiche weniger schwer, den neuerdings erhobenen Gehaltsforderungen zu entsprechen. Bei der Entwicklung, welche die Devisenkurse in den letzten Wochen genommen haben, war es vorherzusehen, daß auch die Reichsverkehrsanstalten ihre Tarife in kürzester Zeit erhöhen würden. Bei einem inländischen Geldwertungsgrad von mindestens 1:3000 und bei einem ausländischen Wertverhältnis von sogar 1:10 000 lassen sich Posttarife, die vielfach kaum einer Geldentwertung von 1:1000 entsprechen, nicht aufrechterhalten. Die letzte Porzionserhöhung erfolgte am 1. März. Die Post ist in ihrer Tarifpolitik nie sehr glücklich gewesen; sie ist hinter der Entwicklung hergehinkt. So schwer es auch vom Publikum und von der Wirtschaft empfunden werden mag: eine Erhöhung des Posttarifs auf mindestens das Doppelte läßt sich schon aus außenpolitischen Gründen nicht vermeiden. Die Reichseisenbahnverwaltung hat bereits eine Erhöhung der Personentarife auf das Doppelte und der Gütertarife um 40 Prozent angekündigt. Bedenkt man hierbei, daß die unmittelbar bevorstehenden Gehaltsverhöhungen auf die Verteuerung aller Materialien für die beiden großen Reichsverkehrs-Anstalten Mehraufwendungen von Hunderten von Milliarden Mark mit sich bringen, so wird man die Bedenken, welcher jeder Verkehrsverteuerung entgegenstehen, zurückstellen müssen. Eine entschlußkräftige und zielklare Reformpolitik auf dem Gebiete der Reichsfinanzen und der Verkehrstarife kann ein wesentliches Moment zur Stützung des deutschen Markkurses sein.

Steuerung und neue Lohnverhöhungen.

Berlin, 28. Mai. Die Führer der Spitzenorganisationen der Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reiches wurden

heute im Reichsfinanzministerium unter dem Hinweis auf die erhebliche Preissteigerung der wichtigsten Bedarfsartikel wegen der sofortigen Erhöhung der Gebühren und Löhne vorstellig. Das Reichsfinanzministerium, das bereits die Prüfung der Lage vorgenommen hat, erklärte seine Bereitwilligkeit, am 10. Juni in neue Verhandlungen einzutreten. Auf beiden Seiten herrschte die Überzeugung, daß die Verhandlungen schnell zum Abschluß gebracht und alle Maßnahmen ergriffen werden um die erhöhten Bezüge möglichst rasch in Wirksamkeit treten zu lassen.

Eine neue Kohlenpreissteigerung.

Berlin, 29. Mai. Durch die neue Kohnerhöhung ist im Bergbau auch die Frage einer weiteren Kohlenpreissteigerung akut geworden. Morgen finden zwischen dem Reichskohlenverband und dem großen Ausschuß des Reichskohlenrats Verhandlungen über die Neuregelung der Kohlenpreise statt. Da durch die neuen Kohlenpreise nicht nur die jetzt eingetretene Lohnerrhöhung abgegolten werden müsse, sondern da man auch den inzwischen bereits stark gestiegenen und immer weiter anziehenden Materialpreisen Rechnung tragen müsse, muß mit einer beträchtlichen Erhöhung der jetzt geltenden Kohlenpreise gerechnet werden. Bestimmte Zahlen lassen sich jedoch im Augenblick noch nicht angeben, da die Beratungen in Unternehmungskreisen über diese Frage noch nicht abgeschlossen sind.

Der Reichskanzler und das Zentrum.

Berlin, 28. Mai. In linksstehenden Zentrumskreisen kommt immer lauter der Wunsch zum Ausdruck, auf die Politik der Regierung Cuno einen stärkeren Einfluß auszuüben. Man sagt in diesen Kreisen, dieser Einfluß sei notwendig, weil in den besetzten Gebieten das Zentrum die stärkste Partei sei, und darum auf stärkere Einflußnahme ein Recht habe. Man sagt ferner, über frühere Leiter der deutschen Außenpolitik sei politisch-parlamentarisch ausdrücklich vom Zentrum getragen worden, der Regierung Cuno aber stehe das Zentrum nur in wohlwollender Neutralität gegenüber; für dieses Kabinett sei vielmehr die Deutsche Volkspartei und die hinter ihr stehenden Wirtschaftskreise verantwortlich. Cunos Politik habe noch keine sichtbaren Erfolge aufzuweisen, das Schicksal des Rhein-Ruhrgebietes treibe einer Krise zu, deshalb müsse das Zentrum seine Passivität aufgeben und verlangen, daß die nächste Antwort unter seinem maßgebenden Einfluß stehe. Man denke nicht daran, der Regierung Cuno irgendwelche Schwierigkeiten zu machen, sondern wolle sie vorläufig in der Fortführung der von Cuno inaugurierten Politik unterstützen. Wenn allerdings auch diesmal der Erfolg versagt bleibe, dann sei für das Zentrum der Augenblick gekommen, energisch in den Gang der Dinge einzugreifen.

Kampf der Schuldlüge!

In den Notizen und Reden Poincares kehrt namentlich in der letzten Zeit die alte Behauptung immer wieder, Deutschland habe durch die Schuld am Weltkrieg die Verpflichtung der Wiedergutmachung zugezogen. Man vernimmt es auf das Schmerzlichste, daß auch die gegenwärtige Regierung nichts tut, um dieser infamen Lüge entgegenzutreten und es dem Kriegsherrn Poincare unmöglich zu machen, daß er aus seinen eigenen Sünden Kapital gegen uns schlägt. Es wäre zum mindesten die schärfste Bewahrung dagegen angebracht, daß man gegen Deutschland diese Schuldlüge ausspielt und sich dabei auf das erprobte Schuldgeständnis im Versailles-Vertrage beruft. Die Regierung sollte aber noch mehr tun. Sie sollte endlich von Amts wegen den Kampf gegen die Schuldlüge aufnehmen und damit einen Bann brechen, der seit Jahren wie eine Zentnerlast auf dem deutschen Volke liegt. Es würde ein Aufatmen durch uns alle gehen, wenn die deutsche Regierung endlich Worte fände, um der Entehrung Deutschlands durch die Schuldlüge entgegenzutreten.

Baden.

Prinz Max und seine Schule.

Salem bei Ueberlingen, 28. Mai. Unter dieser Ueberschrift bringt das „Philadelphia Tagblatt“ eine Schilderung der von dem Prinzen Max in Schloß Salem eingerichteten Schule. Der Artikel enthält zuerst eine Darstellung des Schlosses selbst und seiner Umgebung und berührt dann die Politik. Hierbei wird ausgeführt, Prinz Max glaube daran, daß die angelsächsische Welt nicht mehr lange zögern könne, sondern in Europa eingreifen müsse. Seit vier Jahren, so schreibt dann das „Philadelphia Tagblatt“ weiter, lebt der Prinz nunmehr in Schloß Salem, in diesem riesenhaften Labyrinth, in dessen hunderterten von Räumen auch seine Schule untergebracht ist, die Schule, die er geschaffen hat, die sein Stolz ist und die sicherlich ganz einzig in ihrer Art ist. Es ist ein Internat für Mädchen und Knaben von 10 bis 18 Jahren mit den Rechten einer Privatschule ausgestattet und von einem ausgezeichneten Pädagogen, dem Geh. Rat Richter, unter persönlicher Aufsicht des Prinzen geleitet. Die persönlichen Freunde und Gäste des Prinzen, die sich im Schloß aufhalten, werden stets aufgefordert, den Jünglingen Vorträge zu halten. So sprach Reichsminister Simons über den Vertrag von Versailles, der Vorkämpfer und ehemalige Kolonialminister Solfs über Samoa und der englische Publizist J. D. Morel über die britischen Kolonien. Die bekanntesten Gelehrten Deutschlands werden eingeladen, um in dieser Schule Vorträge zu halten für 42 Kinder, denn die Zahl der Zöglinge ist nicht größer. Es sind darunter viele, die sich auf Kosten der Prinz Max-Stiftung im Internat befinden, meistens Kinder von Offizieren, die im Kriege gefallen sind. Die zahlenden Zöglinge entrichten ein Schulgeld, das sich nach dem Einkommen ihrer Eltern richtet. Neben jungen Aristokratenkindern befinden sich in der Schule Kinder aus bürgerlichen und aus kleinbürgerlichen Kreisen. Sie lernen neben Englisch und Französisch Gartenbau und Schlosserei, gehen bei den Handwerkern in der kleinen Ortschaft in Lehre, verfolgen die Rufe im Stall, lernen Tiere und Pflanzen auf Exkursionen kennen, treiben Sport und veranstalten eigene Theater-Vorstellungen. Der Prinz unterrichtet die älteren Knaben und Mädchen über politische Dinge selbst, macht Ausflüge mit und zeigt seine Schule jedem Gast mit besonderem Stolz. Sie ist ihm eine neue Welt geworden.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 30. Mai. (Bürgerausschuß.) In der gestrigen Sitzung wurde die Trennung der Gewerbe- und Handelschule in zwei von einander unabhängige Institute beschlossen. Höhere Kosten ermähen dadurch nicht. Der Zuschlag der Gemeinde zur Hundesteuer wurde auf 200% = 6000 Mk. festgesetzt, für einen weiteren Hund auf das Doppelte. Demnach kostet ein Hund 9000 Mk. Gesamtsteuer, die künftig bei der Stadtkasse zu entrichten ist, wo auch die Anmeldungen vom 1. bis 15. Juni zu machen sind. Ein Antrag, für Züchter den 2. Hund auch zur einfachen Lage zu versteuern, wurde mit Rücksicht auf den Geschäftsnutzen der Züchter abgelehnt.

* Siegelbach, 28. Mai. (Gartenbau-Verein.) Der hiesige Obst- und Gartenbauverein hat sich gestern als selbständiger Verein konstituiert. Der Vorstand wird gebildet durch die Herren E. Chr. Schenk, Vorstand, J. Schöll, Rechner und Schriftführer und die Beiräte R. Mann und H. Schramm. Mögen dem Verein gute Erfolge beschieden sein.

* Kappena, 28. Mai. (Stiftungsfest.) Der Arbeiter-Turnerbund feierte am Sonntag sein erstes Stiftungsfest von schönstem Wetter begünstigt.

* Wimpfen, 28. Mai. (Mathildenbad.) In Anwesenheit der staatlichen und städtischen Behörden wurde das neu hergestellte Mathildenbad mit einer kleinen Feier wieder eröffnet.

* Horrenberg, 30. Mai. (Das Fahrrad), das dieser Tage hier gestohlen wurde, ist in Rauenberg vorgefunden, beschlagnahmt und dem Eigentümer wieder zugestellt worden.

* Rauenberg, 28. Mai. (Einbruchs-Diebstähle.) In vergangener Nacht wurden hier zwei Einbrüche verübt. Bei Frau Gottfried Stier Ww. wurde eine Ziege gestohlen und einer zweiten der Hals abgeschritten.

* Heidelberg, 28. Mai. (Verschiedenes.) Gestern nachmittag kurz nach 3 Uhr schlug nahe dem Ufer an der Neuen Brücke ein Erdbeben ein.

* Neulüßheim (bei Schwetzingen), 30. Mai. (Wie sie plündern.) Zu den Milliarden Diebstählen auf den Rheinschiffen werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt.

* Sulzfeld, 28. Mai. (Stiftungsfest.) Wider Erwarten hatte sich gestern der Himmel noch aufgeklärt und verschönte mit Maiensonnenschein das 35 jährige Stiftungsfest des Gehagereins.

* Unteröwisheim, Amt Bruchsal, 29. Mai. (Absturz.) Der Maurer August Hauser, der mit dem Umdecken eines Dachs beschäftigt war, stürzte vom Dache in den gepflasterten Hof hinab.

* Pforzheim, 29. Mai. (Erinnerungsmünzen.) Zur Erinnerung an die jüngst in Baden-Baden verstorbenen Großherzogin Luise hat die Hof- und Kunstprägestalt von L. S. Mayer eine Erinnerungsmünze geprägt.

b Stockach, 30. Mai. (Aus Liebeskummer) hat sich der 23 jährige Landwirt Johann Heim in Nenzingen vom Zug überfahren lassen.

p Stefflingen (Amt Stockach), 29. Mai. (Selbstmord.) Der 23 Jahre alte Schuhmacher Joh. Heim von Nenzingen ließ sich von einem Zug überfahren.

b St. Blasien, 29. Mai. (Flucht aus dem Gefängnis.) Aus dem Gefängnis entflohen sind drei Gefangene. Sie übermächtig während der Abwesenheit des Gefängniswärters dessen Ehefrau, die in ihren Zellen zu tun hatte, bemächtigte sich der Schlüssel und fand in der einbrechenden Dunkelheit entflohen.

p Friedrichshafen, 29. Mai. (Leichenfindung.) Die Leiche eines der drei Pforzheimer Angestellten, Pfeiffer, die bei dem Bootsunglück umkamen, wurde geborgen.

* Spaichingen, 29. Mai. (Eisenbahnunfall.) Ein aus der Richtung Tuttlingen in die Station Spaichingen einziehender Güterzug stieß nachts auf den daselbst rangierenden Güterzug auf.

b Nenzingen, 28. Mai. (Verrückt oder verzweifelt.) Auf eigene Art wollte ein aus dem Ludwigsburger Jagdhaus entlassener, von Gönningen gebürtiger 30jähriger Mann seinem Leben ein Ende zu machen.

p Möhringen, 29. Mai. (Erwischt.) Nachts wurden an der elektrischen Überleitung der Silberbahn zwischen Sonnenberg-Degerloch über 100 Meter Kupferdraht im Wert von nahezu 1 Million Mark an einem Masten abgeschnitten.

* München, 29. Mai. (Lebendig verbrannt.) Auf tragische Weise ums Leben gekommen ist ein Ehepaar in den Heimgärten zwischen Peim und Kleinhadern.

Wirtschaftliche Rundschau des „Landboten“.

Nach dem Stande vom 27. Mai 1923. (Nachdruck verboten.)

Allgemeine Lage. Die politischen Vorgänge drückten auch den letzten Tagen ihren Stempel auf. Solange die Nachahber von Versailles ihr Verhalten gegen uns nicht ändern, wird die Wiederherstellung der eisernen Wirtschaftsgehege unmöglich bleiben.

Staatwirtschaft. Der Umlauf an papierernen Wertzeichen von Reichsbank und Darlehenskasse ist seit Ende 1922 um 5,5 Billionen angeschwollen. Gleichzeitig wuchs die schwebende Schuld des Reiches um mehr als 8 Billionen Mark.

Börse. Die neue Marktwertung hat an der Börse wieder einen Hochbetrieb geschaffen, wie nur in den stärksten In-

flationsperioden früherer Hauszeiten. Der Dollar erreichte zeitweise den katastrophalen Stand von 60 000.

Handel, Gewerbe und Industrie. Durch den neuen Dollarsprung beobachtet man auf fast allen Wirtschaftsgebieten wieder ein Heraustrreten aus der bisherigen Reserve.

Kohlen. Die Einschränkung der Ruhrkohlenproduktion wurde so verstärkt, daß von der früheren Förderung von 330 000 T. nur noch 20-30 Prozent gefördert werden.

Holzmarkt. Die Umsätze sind größer geworden und auch die Verkaufspreise für Schnittholz sind wieder im rascheren Steigen.

Warenmarkt. Marktzug und Kohlenpreiserhöhung haben in ihrer Wirkung auf den Warenmarkt die bedenklichsten Folgen in wahnwitzigen Preisprüngen bereits erzielt.

Ausstellungen und Messen. Die Leipziger Herbstmesse findet vom 26. August bis 1. September statt. Meldefluß ist 16. Juni.

Landwirtschaft. Wiesen- und Saatensand zeigen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine beträchtliche Besserung. — Deutschlands Zuckerrübenanbau 1923 schätz man auf 343 520 Hektar gegen 363 789 Hektar i. V.

Produktenmarkt. Die alleinige Herrschaft über die Produktionsbörsen hat der Dollar. Die Preise bewegen sich mit dem Devisen. Der Großhandelspreis für Weizen hat sich bedenklich der Hunderttausendmarkengrenze genähert.

Lebenshaltung. Wir stehen mitten in einer neuen ungeheuerlichen Teuerung. Von Tag zu Tag steigen die Preise für alle notwendigsten Artikel für das tägliche Leben.

Ausland. Frankreich hat seit der Einstellung der regelrechten Kohlenlieferungen nur 10 Prozent der Reparationskohlenmenge erhalten. — In England gehen Preise und Arbeitslosigkeit weiter zurück.

Wollmarkt. Steigende Preise bewirken einen stärkeren Auftrieb an Schlachtwolle aller Gattungen. Von Markt zu Markt bewegen sich die Preise weiter nach oben.

Lohnfragen. Mit dem Monatswechsel tritt eine allgemeine beträchtliche Gehalts- und Lohnaufbesserung infolge der neuen Teuerungswelle ein.

Wirtschaftliche Rundschau des „Landboten“ (Nachdruck verboten.)

Ämtliche Kurse

Table with exchange rates and prices for various goods like wheat, flour, and oil. Columns include 'Werbefeständige Oblig.', 'Allgem. Gl. Akt.', 'Baketafahrt', etc.

Farren-Versteigerung.

Die Gemeinde Kirchardt verkauft zwei Farren, einen fetten und einen zuchtuntauglichen. Angebote sind auf Zentner Lebendgewicht bis 1. Juni vormittags 10 Uhr einzureichen.

Nutzviehversteigerung.

Wegen Reduzierung des Viehstandes versteigern wir am Samstag, den 2. Juni i. J., vormittags 10 Uhr beginnend auf dem Speyerer Hof bei Heidelberg ca. 10 Nutzkühe des Simmentaler- und Wesermarschschlages sowie einen abgängigen fetten Wesermarschfarren meistbietend gegen Barzahlung.

Klaviertechniker Schnellbächer

aus Heidelberg kommt nächster Tage zum Klavierstimmen nach Sinsheim. Anmeldungen an den Landboten erbeten.

Advertisement for 'Seifen' (soaps) by Dr. Geyer & Dr. Voog, Mannheim. Includes text: 'Kern-, Schmier- und Feinseifen, Seifenpulver für Handel, Gewerbe und Industrie liefern'.

Advertisement for BREMEN AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN. Includes an image of a ship and text: 'Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen'.

Advertisement for 'Junge' (young) and 'Spurlos verschwunden' (disappeared). Includes text: 'Ein ordentlicher Junge kann zur Erlernung der Bäckerei und Konditorei sofort ein treten. Conditorei-Café Schmidt Neckarbischofsheim.' and 'Spurlos verschwunden sind alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Bläschen, Mitesser usw durch täglichen Gebrauch der echten Steckenpferd-Teerschwefel-Seife von Bergmann & Co., Radebeul'.

Advertisement for 'Rohwolle' (raw wool). Includes an image of a sheep and text: 'Für eingefandte Rohwolle liefere ich rasch und billig Kammgarntwolle, Stridgarntwolle, Stridjaden, Zumper, Westen, Damen- und Herrenstoffe. Annahme für erste Spinnereien. Wollmagazin P. Stahl, Heilbronn, Turmstr. 14. NB. Muster erhalten Sie nach Einsendung von Porto.'

Advertisement for 'Stempel und Klichees' (stamps and clichés). Includes an image of a church and text: 'nach Zeichnung oder Photographie in Holzschnitt, Zinkätzung oder Autotypie ausgeführt liefert rasch und billig G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim, beim Bahnhof. Frachtbriefe empfiehlt die Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.'